

Flörsheimer Zeitung

Anzeiger f. d. Rheingau Rheingauzeitung Flörsheimer Anzeiger

Ersteinst: Dienstags, Donnerstags, Samstags (mit Illustr. Beilage) Druck u. Verlag, sowie verantwortliche Schriftleitung: Heinrich Dreisbach, Flörsheim a. R., Schulstraße. Telefon Nr. 59. Postfachkonto 16867 Frankfurt



Anzeigen kosten die 6-gespaltene Zeile oder deren Raum 12 Pfennig, auswärts 15 Pfennig. Kleinanzeigen die 6-gespaltene Zeile oder deren Raum 10 Pfennig. Der Bezugspreis beträgt 90 Pfennig ohne Trägerlohn.

Nummer 82

Dienstag, den 15. Juli 1930

34. Jahrgang

Artikel 48.

Ammer noch ist es unsicher, ob die Reichsregierung für die Steuerentwürfe im Reichstag eine Mehrheit zu erzielen wird. Selbst wenn alle in der Regierung vertretenen Parteien geschlossen für die Vorlagen eintreten sollten, bedarf es bekanntlich noch einer Mehrheit gegenüber der aus Sozialdemokraten, Kommunisten, Nationalsozialisten und anderen Oppositionsparteien bestehenden Opposition. Reichsminister müssen daher versuchen, aus den Reihen der Oppositionsparteien Stimmen für ihre Vorlagen zu gewinnen. Nach ihrer grundsätzlichen Einstellung kommen dafür nur Sozialdemokraten oder Deutsche Nationalen in Frage. Zur Zeit rechnet die Reichsregierung damit, daß sich — ähnlich wie das bereits bei früheren Steuerentwürfen der Fall war — von den deutschen Nationalen eine Anzahl bereit findet, für die Steuerentwürfe einzutreten, um dadurch die Durchführung des Hilfsprogramms zu ermöglichen. Ob sich diese Hoffnung erfüllen wird, steht durchaus noch nicht fest. Im Gegenstande der maßgebende deutsche Presse erklärt, daß die Nationalen nicht auseinanderfallen, sondern geschlossen gegen die Steuerentwürfe stimmen werden.

Daß das nun tatsächlich der Fall sein wird und falls die Nationalen auch von der Sozialdemokratie keinen Zugang erhält, werden die Steuerentwürfe abgelehnt. Für diesen Fall ist immer wieder der Artikel 48 der Reichsverfassung als Hilfsmittel genannt, mit dessen Hilfe die Reichsregierung die Steuerentwürfe in Kraft setzen wollte. Sehen wir uns diesen Artikel der Reichsverfassung vom 11. August 1919 einmal etwas näher an. Der Artikel hat fünf Absätze, von denen aber in unserem Zusammenhang nur Absätze 2 und 3 in Betracht kommen. Sie lauten:

Der Reichspräsident kann, wenn im Deutschen Reich die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gefährdet oder bedroht wird, die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen treffen, erforderlichenfalls mit Hilfe der bewaffneten Macht eingreifen. In diesem Sinne darf er vorübergehend die in den Artikeln 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 festgesetzten Grundrechte ganz oder zum Teil außer Kraft setzen.

Wenn gemäß Absatz 1 oder Absatz 2 dieses Artikels getroffenen Maßnahmen hat der Reichspräsident unverzüglich dem Reichstag Kenntnis zu geben. Die Maßnahmen sind auf Befehl des Reichspräsidenten außer Kraft zu setzen. Soweit der Wortlaut der beiden in Betracht kommenden Absätze des Artikels 48. In den darin erwähnten Artikeln 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 ist festgelegt, daß die Reichspräsident erforderlichenfalls außer Kraft setzen kann, ist festgelegt: die Freiheit der Person, das Brief-, Post- und Fernsprechtelegraphen-, die Pressefreiheit, die Versammlungs- und Vereinsfreiheit und schließlich die Gewähr des persönlichen Eigentums. Alle diese Verfassungsrechte sind also dem Reichspräsident „ganz oder zum Teil außer Kraft zu setzen“, für den Fall, daß im Deutschen Reich „die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gefährdet oder bedroht wird“. Man sieht, es handelt sich bei diesem Artikel 48 um das „Verhängnis des Belagerungsstandes“.

Es ist die Errichtung einer (freilich nur vorübergehenden) Diktatur. Man sieht nun die Reichsregierung auf Grund dieses Artikels ihre Steuerentwürfe in Kraft setzen. Der Wortlaut des Artikels ergibt klar, daß man an diesen oder einen ähnlichen Fall bei der Beratung der Vorlage kaum gedacht hat. Man dachte vielmehr für den Fall revolutionärer Unruhen, für den Fall, daß es in dem Artikel ausdrücklich heißt, „erforderlichenfalls mit Hilfe der bewaffneten Macht einschreiten“. Man muß daher den Artikel 48 nicht als „Verhängnis des Belagerungsstandes“ ansehen, sondern als „Verhängnis des Belagerungsstandes“.

Zur Zeit ist ein erhebliches Reichsdefizit vorzuliegen, für das keine Deckung da ist. Wenn dieser Zustand anhalten sollte, können die Zuschüsse an die Arbeitslosenversicherung und die Arbeitslosenunterstützungen nicht mehr voll bezahlt werden, es könnte eines Tages soweit kommen, daß die Arbeitslosenunterstützungen nicht mehr ausgezahlt werden könnten. Kein Zweifel, daß dadurch die öffentliche Ordnung gefährdet ist — und die Voraussetzung für die Anwendung des Artikels 48 liegt vor!

Man sieht es aber im Absatz 3 dieses Artikels, daß von allen getroffenen Maßnahmen unverzüglich dem Reichstag Kenntnis zu geben ist und daß die Maßnahmen auf Verlangen des Reichstages außer Kraft zu setzen sind. Im vorliegenden Falle hat der Reichstag wohl tatsächlich ihre Aufrechterhaltung beschlossen. Nach Artikel 48 der Verfassung ist er dazu berechtigt, das Verlangen zu äußern. Die Reichsregierung hätte also wieder keine neuen Steuern! Die Reichsregierung rechnet aber offenbar damit, daß der Reichstag ein Verlangen nicht stellt, oder aber sie denkt daran, daß die Anwendung des Artikels 48 der Reichstag auf sich selbst anwenden könnte. Dann könnte von den „getroffenen Maßnahmen“ erst dann Kenntnis gegeben werden, wenn der Reichstag Kenntnis gegeben werden, der sich wohl begnügt, diese Regierungsmittel entgegenzunehmen.

Das ist die Lage, für den Fall, daß eine Entscheidung der Steuerentwürfe auf parlamentarischem Wege nicht möglich sein sollte. Man sieht, die Situation ist, auch wenn man (oder vielmehr gerade wenn man) den Artikel 48 anwenden will, gar nicht so einfach. Deshalb auch das Bestreben der Reichsregierung, seine Anwendung nach Möglichkeit zu vermeiden und doch noch mit dem Parlament zu einer Einigung zu kommen.

Die Weltwirtschaftskrise.

Frankreich kann sich der Weltkrise nicht entziehen. — Die Lage auf dem englischen Markt. — Deutsche Ausfuhrergerungen im Spiegel des Auslandes.

X Berlin, 14. Juli. Nicht nur in Deutschland, das unter den Lasten der Tributzahlungen an seine Kriegsgegner schwer zu leiden hat, sondern auch in den anderen Staaten, die zum Teil vom Krieg verschont geblieben sind, zum Teil zu den Siegerstaaten zählen, bestehen lebhafteste wirtschaftliche Krisen. Diese Tatsache zeigt recht anschaulich die wirtschaftliche Verflochtenheit der ganzen Welt und es ist interessant, hier einmal die Stimmen des Auslandes zu hören, um zu erfahren, wie man dort die internationale Lage des Wirtschaftslebens beurteilt.

Wenn wir uns einer eigenen Stellungnahme dazu enthalten, dann besagt das nicht, daß wir diesen Gedankenengängen ausweichen. Unsere eigene Haltung zu den Wirtschaftsfragen wird dadurch in keiner Weise beeinflusst.

Eine französische Stimme.

Das führende Blatt der französischen Wirtschaft, „La Journée Industrielle“ schreibt: „Bei allen Programmen, in denen irgendeine Regierung eine Politik des wirtschaftlichen Aufschwunges“ verspricht, wird immer übersehen, daß maßgebend die Tatsache der wirtschaftlichen Verflochtenheit der ganzen Welt ist, daß man den wirtschaftlichen Aufschwung in einem einzelnen Lande nicht einfach verfügen kann.“

Eine Tatsache aus den letzten Tagen, der Zwischenfall des neuen amerikanischen Zolltarifs, macht es ja ganz deutlich, daß es die Wirtschaft bestimmende Kräfte gibt, über die das einzelne Land keine Macht hat. Selbst Frankreich, das ja noch am glücklichsten steht, dessen Wirtschaft nicht so aus dem Gleichgewicht geraten ist, wie die anderer Länder, kann sich den Auswirkungen der Weltkrise nicht entziehen...“

Von Jenais des Kanals.

Das englische Finanzblatt „Financial News“ schreibt: „Die bisherigen internationalen Vereinbarungen zur Regelung der Weltwirtschaft haben sich als unwirksam erwiesen. Alle diese Versuche, durch Einschränkung der Produktion die Entwicklung des Geschäftes nach einer bestimmten Richtung hin zu beeinflussen, haben das Gegenteil des Erzielten bewirkt. Man braucht nur auf die Märkte für Rohgummi, Tee, Zinn, Kupfer, Kaffee, Baumwolle, Kohle, Petroleum, Weizen und Wein zu verweisen. Im Gebiet der Fertigwaren-Industrie haben die zahlreichen Kartelle, Verbände und Vereinigungen auch nicht erfolgreicher gearbeitet. Warum bringt das Geschäft heute keinen Nutzen? Wird wirklich zuviel produziert? Sind die Preise tatsächlich zu niedrig?“

Eine wirksame Kontrolle über das vielfältige Gebiet der Produktion mehrerer Erdteile ist aber nicht durchführbar. Es wird dadurch gerade die Lebensbedingung der Märkte mit Waren erreicht, die man verhindern wollte. Es stellt sich nunmehr heraus, daß die alte Politik der freien Produktion, der freien Markterzeugung und der freien Preisregulierung durch Sachverständige „Zwischenhändler“ doch noch mehr den Interessen der Hersteller und Verbraucher entspricht, als das gegenwärtig geübte Verfahren der Beschränkung der Produktion und der Aufrechterhaltung der Preise.

Furcht vor der deutschen Ausfuhr.

Ueber diese Frage schreibt das englische Finanzblatt „Financial Times“ u. a. „Europa fragt sich sorgenvoll, ob es jetzt von Deutschland her neue wirtschaftliche Schwierigkeiten zu erwarten hat. Durch die Herabsetzung der Löhne in Deutschland soll eine Steigerung der deutschen Ausfuhr ermöglicht werden. Damit wird der Kampf zwischen dem Nationalismus und dem Internationalismus in der Industrie eröffnet; denn die Steigerung der Ausfuhr geht über das bisher geübte Verfahren der begrenzten Regelung durch Kartelle und gleichartige Vereinigungen glatt hinweg.“

Allerdings muß Deutschland seine Ausfuhr außer allem Vergleichnis zu seiner Einfuhr steigern, wenn es die fette Zahlung der Reparationen ohne übertriebene Borgwirtschaft ermöglichen will. Die Wahrscheinlichkeit einer Steigerung der deutschen Ausfuhr aber stellt die übrige Welt vor eine ganze Anzahl Fragen. Vielleicht werden die Gläubigermächte, die die Reparationen von Deutschland zu bekommen haben, dadurch zu einer ganz anderen Betrachtung der Sachlage geführt.“

Um die Sanierung der Reichsfinanzen.

Näherung in der Kopfsteuerfrage.

Am Sonntag letzten im Reichstagsgebäude die Finanzsachverständigen und einige Parteiführer der hinter der Regierung stehenden Reichstagsfraktionen gemeinsam mit Vertretern der Finanzministerien der größeren deutschen Länder ihre Besprechungen über die Deckungsvorlagen, insbesondere über die Kopfsteuer, fort. Anstelle des neuerdings wieder erkrankten Reichsfinanzministers, Dietrich leitete Ministerialdirektor Dr. Zarden die Verhandlungen. In den 3½stündigen Beratungen machte besonders der preussische Finanzminister die stärksten Bedenken gegen eine Kopfsteuer und gegen die Möglichkeit ihrer Durchführung geltend. In nicht ganz so scharfer Form äußerte sich auch der bayerische Regierungsvertreter gegen die Kopfsteuer. Die Fraktionen behielten sich ihre endgültige Stellungnahme vor, doch gelang es, wie verlautet, eine Annäherung in den Auffassungen der Regierungsparteien herbeizuführen. Beschlüsse wurden zwar nicht gefaßt, doch einigte man sich dahin, es im wesentlichen bei den vor einigen Tagen von der Regierung aufgestellten Ergänzungsvorschlägen zu den Deckungsvorlagen zu belassen.

Die Kopfsteuer soll für das Rechnungsjahr 1930 den Gemeinden fakultativ zur Verfügung gestellt werden, und zwar in einer Höhe von mindestens 6 Mark pro Kopf. Falls die Realsteuerföhe, die am 1. Juli in Kraft waren, überschritten werden, sollen die Gemeinden zur Einführung der Kopfsteuer verpflichtet sein. Vom 1. April 1931 an soll die Kopfsteuer überhaupt obligatorisch sein. Die Fraktionen werden sich am Montag mittag mit dieser Frage zu beschäftigen haben. Die Entscheidung liegt hauptsächlich bei den Demokraten und bei der bayerischen Volkspartei, in deren Reihen sich starke Widerstände gegen die Kopfsteuer geltend machen.

Die Tragödie im schlesischen Bergbau.

Die Beisetzungsfestlichkeiten in Hausdorf.

Bereits in der sechsten Morgenstunde trafen die Massen derjenigen, die den Opfern der Katastrophe in der Benzelsgrube die letzte Ehre erweisen wollten, aus allen Ecken des Waldenburg-Neuroder Bezirks in Hausdorf zusammen. Ihre Zahl wird auf 15 000 bis 20 000 geschätzt. Für die Reichsregierung war Staatssekretär Dr. Weib und für die preussische Staatsregierung Oberbergamtspräsident Flemming zur Beisetzung erschienen. Ferner waren auswendig Oberpräsident Demann mit den beiden Regierungspräsidenten von Breslau und Liegnitz, der Vertreter des Kardinals Vercaut, Domvikar Prälat Lange, der Breslauer General-Superintendent D. Dr. Schian, Reichstagspräsident Lobe, der Vorsitzende des Provinzial-Landtages und der Präsident des Landesamtes für Niedererschleichen.

Um 8 Uhr morgens begann die Trauerfeier, die nahezu zwei Stunden dauerte, mit einer Trauermusik sämtlicher Bergmannskapellen des Waldenburg-Neuroder Bezirkes. Daran schloß sich der ergötterliche Generalvikar Dittert eine Messe, an die sich ein großes Requiem angeschlossen. Die Trauerreden wurden von dem katholischen und dem evangelischen Geistlichen gehalten. Mit dem Chorgesang der vereinigten Gesangsvereine „Da unten ist Frieden“, dem Gesangschor des Bergmannes, wurde die von vielen Schmerzensschreien unterbrochene Feier beendet.

Während der Feier brachen viele Angehörige ohnmächtig zusammen. Nicht weniger als 50 Personen mußten in der dem Friedhof gegenüber als Lazarett eingerichteten Scheune behandelt werden. Einige Fälle waren sogar ernster Natur. Auf den Ausgängen zum Friedhof hatten die Neuroder Vereine Aufstellung genommen. An ihnen vorbei wurden nach der Feier die auswärtigen Toten in ihre Heimatgemeinden übergeführt. Die Särge wurden auf Lastkraftwagen, die mit Trauerflor geschmückt waren, besetzt. Jedem Zuge schritten eine Bergmannskapelle und eine Abordnung mit zahlreichen Fahnen voraus. Den engeren Angehörigen folgten in schier unüberschaubarer Züge die Freunde und Bekannten der Verstorbenen. Noch am Sonntagnachmittag erfolgte die Beisetzung in den verschiedenen Heimatsorten. In Hausdorf gab es nur wenige Menschen, die nicht in Trauerkleidung waren.

Für die deutsche Wissenschaft.

Berlin, 14. Juli. Aus der Rockefeller-Stiftung sind 2.7 Millionen Reichsmark der Kaiser Wilhelm-Gesellschaft überwiesen worden mit dem ausdrücklichen Verlangen, daß Professor Otto Warburg und Professor W. von Laue ihre Forschungen in eigens dafür errichteten Instituten fortsetzen können.

Die Vergungsarbeiten im Kurtschacht.

Breslau, 15. Juli. Wie die „Schlesische Zeitung“ aus Hausdorf meldet, sind bei den Vergungsarbeiten auf der dritten Sohle des Kurtschachtes seit Samstag Tote nicht geborgen worden. Eine Kommission, die sich aus dem Oberbergamtspräsidenten Flemming (Berlin), Ministerialrat Rothe vom Grubenberichtsamt Berlin, Bergamtspräsident Fischer (Breslau) und einigen Mitgliedern des Breslauer Oberbergamtes zusammensetzte, ist in den Kurtschacht eingefahren, um sich über den Stand der Vergungsarbeiten zu unterrichten.

In 3 Tagen
Nichttraucher
Auskunft kostenlos! Sanitasdepot
Halle a. S. 225 D.

Du gingst dahin in jungen Jahren,
In des Allmächtigen Schöpfers Ruh',
Haft Schmerz und Leid genug erfahren
Doch un're Liebe deckt dich zu!



Todes-Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, am Samstag
Abend 10.10 Uhr, unseren lieben Sohn, Bruder, Schwager,
Neffe und Kusine, Herrn

Peter Stehle

im Alter von 20 Jahren, nach langem, schweren, mit großer
Geduld ertragenen Leiden, versehen mit den Heilmitteln der
kathol. Kirche, in ein besseres Jenseits abzurufen.

In tiefer Trauer: **Familie Johann Stehle.**
Flörsheim, Leibertingen, den 14. Juli 1930.

Die Beerdigung findet Dienstag Mittag 4 Uhr vom Trauerhause,
Hospitalstraße, aus statt. Das 1. Seelenamt ist am Dienstag vormittags 6 Uhr.

Alles wird spiegelblank
und klar durch Henkel's



Echöne

Stachelbeeren

15 Pfg., empfiehlt
H. Schmid, Eisenbahn-
straße 6.

1 Wohnung

zu vermieten und 1 ge-
steigter Strohsack zu ver-
kaufen. Näh. im Verlag.

Eine große

3 Zimmer-Wohnung

(Parterre) mit Bade-
gelegenheit zu vermie-
ten. Näh. im Verlag.

Wer verkauft sein Haus

entl. mit Geschäft od. sonst.
Anwesen, hier od. Umgebung?
Nur Angeb. direkt v. Besitzer
unter B 46 an den Verlag
der Vermiet. und Verkaufs-
Zentrale, Frankfurt a. Main,
Goetheplatz 22.

Bäcker- und Konditor Jacken



aus prima Körper
6.50 5.80
schwarz, weiß
□ Zwirnrose
7.80 6.50

Backtuch
„Ideal“
Dressier-
beutel

Spezialhaus für Berufskleidung

Louise

Mainz, Gartenfeldstraße 14
5 Minuten ab Hauptbahnhof

Nachruf!

Am Samstag, den 12. ds. Mts. abends
10 Uhr entschlief nach langen und
schweren Leiden, im Alter von 20 Jahren
unser liebes, aktives Mitglied, Herr

Peter Stehle

Wir verlieren in dem leider allzufrüh
Verstorbenen einen treuen und eifrigen
Sänger, dessen Andenken bei uns fort-
leben und stets in Ehren gehalten
werden wird.

Flörsheim a. M., den 15. Juli 1930

Die Sänger des Gesang-
vereins Liederkranz e. V.

Danksagung.

Für die uns bei der Krankheit und dem Tode
unseres lieben Kindes

Peter Joseph

erwiesene innige Anteilnahme sagen wir hiermit
Allen unseren Dank. Besonderen Dank der werten
Nachbarschaft, sowie für die Kranz- und Blumen-
spenden.

Familie Peter Simon.

Flörsheim a. M., den 14. Juli 1930.

Gloria-Palast

Mittwoch 9 Uhr

„Der Meister von Nürnberg“

Gutes Beiprogramm.

Auf eine vollgelöste Karte kann eine Person über 30
Jahren gratis mitgebracht werden. Erwerbslose 30 Pfg.

billige Sommer Kleidung in 4 Serien

... das war mal eine erfolgreiche Einkaufsreise!
Preise waren niedrig, und wir kauften darum
sehr große Posten dieser herrlichen Neuheiten
ließen sie allerschnellstens hersenden.

Hier sind Sie:

Serie 1

2.75

Tennis-Kleider

aus weißem Panama

Wasch-Kleider

für Haus und Garten

Strick-Kleider

in vielen Farben

Alle Kleider vorzüglich
in der Wäsche

Serie 2

4.95

Frauen-Kleider

aus Wasch-Kunstseide
oder Baumwollmousse-
line, mit Arm od. Satin
mit 1/2 Arm

Panama-Kleider

mit hübscher Glocke

Toile-Kleider

in Kunstseide, gestreift

Serie 3

9.75

Vollvoile-Kleider

voller Glockenschnitt,
bis Größe 50

Sport-Kleider

kunsts. Toile, gestreift
oder Waschkunstseide
gestreift

Serie 4

14.75

Toile-Kleider

moderne Streifen

Wellmusselme-Kleider

in hübschen Formen

Voile-Kleider

moderne Muster,
mit langem Arm



Schieffel
Höchste Leistung Inbegriff